

Blickpunkt Bundestagswahl: Leipzig zum Motor für soziale Gerechtigkeit in Sachsen entwickeln!

Initiativantrag an den Stadtparteitag der Partei DIE LINKE Leipzig am 22. Oktober 2016

Einreicher: Stadtvorstand der Partei DIE LINKE Leipzig

Der Stadtparteitag möge den nachfolgenden Initiativantrag beschließen:

1. Der Stadtparteitag stellt fest:

Die Stadt Leipzig hat sich auch in den letzten Jahren sehr unterschiedlich entwickelt. Auf der einen Seite gab es einen zwischenzeitlichen wirtschaftlichen Aufschwung, verbunden mit einem Rückgang der offiziell registrierten Arbeitslosen, ein in dieser Dimension nicht vorhergesagtes Wachstum der Bevölkerung und auch manche Verbesserungen in der städtischen Infrastruktur. Auf der anderen Seite nahm die Sorge vieler Menschen um die eigene Perspektive zu, erreichten prekäre Beschäftigungsverhältnisse, verbunden mit dem niedrigsten verfügbaren Durchschnittseinkommen aller sächsischen Landkreise und kreisfreien Städte, sowie Armut bei allen Generationen ein Ausmaß wie in keiner anderen sächsischen Region. Diese gesellschaftliche Situation nutzen Rechtspopulisten, allen voran die AfD, für ihre Zwecke aus, ohne wirkliche Lösungen anzubieten. Dies hat bereits zu einem Rechtsruck im politischen Leben unserer Stadtgesellschaft geführt. Deshalb ist es notwendig, die öffentliche Auseinandersetzung mit diesen Kräften wesentlich zu verstärken und zugleich konstruktive Lösungskonzepte zu unterbreiten. An diesem Prozess wird sich die Leipziger LINKE beteiligen und ihren Kurs als alternative Gestaltungspartei gerade im Vorfeld der Bundestagswahlen noch kreativer und aktiver umsetzen. Dazu werden wir die bisherigen Erfahrungen aus der seit Mai 2015 laufenden Kampagne „Das muss drin sein“ nutzen und die Inhalte der Kampagne der Bundespartei stärker als bisher mit unseren Leipzig spezifischen Schwerpunkten verbinden.

2. Der Stadtparteitag ruft alle Mitglieder und Sympathisierenden dazu auf, sich in den nächsten Monaten innerhalb unserer Strukturen und vor Ort auf der Straße verstärkt folgenden Aktionsschwerpunkten zuzuwenden:

- An der Seite der Gewerkschaften und der Beschäftigten gilt es, für die Zurückdrängung prekärer Beschäftigungsverhältnisse insbesondere in solchen Bereichen wie Handel und Gastronomie sowie Kranken- und Altenpflege einzutreten, um auch hier zu Löhnen zu kommen, von denen man vernünftig leben kann.
- Gemeinsam mit Interessenvertretungen von LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern werden wir unsere Anstrengungen auf dem Bildungssektor fortsetzen. Vor allem treten wir ein für längeres gemeinsames Lernen an Schulen sowie für die schrittweise Überwindung des Mangels an Lehrkräften. Dies verstehen wir zugleich als einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung von Kinderarmut und ihrer sozialen „Vererbung“.
- Die bereits begonnene Kampagne unter dem Motto „Die Rente geht uns alle an“ werden wir über den ursprünglich angedachten Zeitraum Dezember 2016 stadtweit fortführen und dabei in den Stadtteilen auf Erscheinungen wachsender Altersarmut eingehen. Es ist dringend geboten, dieses Thema nicht nur als Sache der Menschen zu betrachten, die bereits Altersrente erhalten. Was heute rentenpolitisch entschieden wird, hat Auswirkungen auf die Rente von morgen. Das wollen wir den EinwohnerInnen der Stadt Leipzig deutlich machen.
- Da das Bevölkerungswachstum und die Zuzüge zu Engpässen und Verdrängungen auf dem Wohnungsmarkt führen, bedarf es wachsender Anstrengungen im sozialen Wohnungsbau und einer Präzisierung des wohnungspolitischen Konzeptes der Stadt Leipzig. Mit der Debatte und der Erstellung eigener wohnungspolitischer Leitlinien werden wir dazu unseren Beitrag leisten und deutlich machen, wie sozial und nachhaltig auf die Herausforderungen einer wachsenden Stadt reagiert werden kann.